

Die Politik der Freiheit und Verantwortung

Vorabdruck

Ruedi Jeker
Peter Gomez
Roman Geiser
Andreas Heizmann





Die Politik der Freiheit und Verantwortung

Ruedi Jeker
Peter Gomez
Roman Geiser
Andreas Heizmann

Inhalt

Kurzfassung für den eiligen Leser	5
Vorwort	10
1. Dreimal fünf Grundsätze des Freisinns zu Gesellschaft, Wirtschaft und Staat	15
2. Das Weltbild des Freisinns steht unter Druck	23
3. Der Freisinn unterwegs	36
4. Die Positionen und Handlungsfelder des Freisinns	43
5. Vernetzt denken, verständlich reden und glaubwürdig handeln	99
6. Die freisinnige Gemeinschaft als Bewegung	102
7. Der freisinnig denkende Mensch	105
8. Der Freisinn im Verhältnis zu den anderen politischen Kräften	108

Impressum

Herausgeber:

Ruedi Jeker, Peter Gomez, Roman Geiser,
Andreas Heizmann

ISBN ...

© 2016 bei den Autoren

Kurzfassung für den eiligen Leser

Der Freisinn – verstanden als politische Richtung und nicht als Partei - hat die Weiterentwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat auf Basis des Erfolgsversprechenden und des Bewährten zum Ziel. Er will und wird durch Denken und Handeln alle Hindernisse überwinden, die dem Fortschritt unserer freien Gesellschaft im Wege stehen. Die Grundsätze des Freisinns sind ein Destillat der grossen Denkschulen des politischen Liberalismus seit der Aufklärung. Sie reflektieren die Erfahrungen aus über 150 Jahren Bundesstaat. Wir, ein dem freisin-

nigen Gedanken verpflichtetes Autorenteam, haben drei mal fünf Grundsätze herausgeschält, die unserem Denken und Handeln zu Grunde liegen:

Die fünf gesellschaftspolitischen Grundsätze des Freisinns:

- Freiheit wahren und gestalten
- Chancen ermöglichen
- Privateigentum schützen
- Individualität sichern
- Gemeinsinn pflegen

Die fünf wirtschaftspolitischen Grundsätze des Freisinns:

- Wohlstand schaffen
- Fortschritt erzielen
- Freie Marktwirtschaft gewährleisten
- Eigenverantwortung ins Zentrum stellen
- Mit Ordnungspolitik gestalten

Die fünf staatspolitischen Grundsätze des Freisinns:

- Primat des Bürgers gewährleisten
- Auf Subsidiarität bauen
- Milizprinzip sichern
- Staat auf Kernaufgaben konzentrieren
- Balance von Leistung und Einnahmen halten

Der Freisinn muss im nächsten Jahrzehnt alles daran setzen, unsere Schweiz entlang dieser Grundsätze neu zu gestalten:

- Dort, wo wir bereits viel erreicht haben und entsprechend an Freiheiten einbüßen könnten, stemmen wir uns gegen den Zugriff des Sozialismus und Nationalkonservatismus. Wir bewahren den Status quo des bisher Erreichten vor extremen Lösungen und optimieren entlang unserer Grundsätze. Wo unsere Grundsätze eingehalten werden, sind wir kompromissfähig, um guten Teillösungen zum Durchbruch zu verhelfen.

- Bei Einzelentscheidungen, die eine ethische Güterabwegung verlangen, nehmen wir eine differenzierte Betrachtung vor.
- Parallel dazu nehmen wir in wichtigen Bereichen langfristige Reformen zur Umsetzung unserer Werte in Angriff. Diese Vorhaben haben einen Horizont von zehn Jahren und bedingen eine weitsichtige Führung sowie ein programmatisches Vorgehen der Tagespolitik und ihrer Umsetzung.

Bei der Umsetzung sind für uns folgende Prinzipien handlungsleitend:

- Die Freiheit des Einzelnen wahren und ausbauen
- Eigentum sichern, Umverteilung begrenzen
- Den Menschen ermöglichen dort zu arbeiten, wo sie ihr Potential am besten entfalten können
- Eine sichere und marktorientierte Energieversorgung gewährleisten
- Informationsfreiheit gewähren und Chancen der digitalen Entwicklung nutzen

- Mit Natur und Umwelt verantwortungsvoll umgehen
- Die Schweiz dank offenen Märkten am Puls halten
- Aufgaben und Finanzen des Staates stets überprüfen und begrenzen
- Exzellenz in der Bildung anstreben
- Soziale Sicherung und Gesundheit fokussieren und finanzieren
- Sicherheit für die Menschen und ihre Errungenschaften gewährleisten

Vorwort

Vorausschauend handeln! Diese Maxime war lange Zeit Leitlinie für die Politik liberaler, freisinniger und radikaler Kreise. Die Gründer des modernen Bundesstaates und die Begründer des politischen Liberalismus hatten jeweils sehr klare Vorstellungen, wie die Schweiz vorausschauend zu gestalten sei.

Ihre Vorstellungen einer liberalen Ordnung verankerten sie zuhause in der Familie, in der Partnerschaft, im Freundeskreis, in den Unternehmen und im Staat. Die Zwischenräume kitteten sie mit ihrer

integralen Vorstellung einer liberalen Zivilgesellschaft. In der Summe ist diese Zivilgesellschaft das Denken und Handeln von Menschen und Organisationen, ohne staatliches Zutun. Sie schufen damit den Sockel für das Erfolgsmodell Schweiz. Das Engagement dieser Kräfte hat bis heute Bestand: Politisch sind alle drei Strömungen des Liberalismus des 19. Jahrhunderts unter dem Dach der FDP. Die Liberalen Schweiz vereint. Daneben engagieren sich freisinnig denkende und handelnde Menschen in allen Bereichen der Zivilgesellschaft. Leichter geworden ist es dadurch nicht, denn die politische Spannweite hat sich ausgedehnt. Liberale Elemente finden sich heute auch in anderen Ideologien. Die Abgrenzung von der Sozialdemokratie und vom Nationalkonservatismus wird daher zunehmend schwieriger.

Nicht zuletzt angesichts der von den Medien und der Tagespolitik gleichsam getragenen Problembeurteilung, ist das Festhalten an einem gemein-

samen Zielbild und der uns Freisinnigen eigenen Sprache schwierig geworden.

Wir, ein kleines dem freisinnigen Gedanken verpflichtetes Autorenteam, wagen den Versuch, die dem Freisinn schweizerischer Prägung zugrundeliegende Weltanschauung zu fassen, bestehende Politikstrategien einzuordnen, künftige Handlungsfelder aufzuzeigen und schliesslich ein Zielbild der Schweiz zu zeichnen. Ein Zielbild, auf das der freisinnige Kompass für die nächste Dekade gerichtet werden kann und das ebenso als Hilfestellung für den politischen Alltag in der kürzeren Frist dient.

Wir gehen aus von der Freiheit, dem Grundwert, der bei uns allen tief verankert ist. Widerstand gegen obrigkeitliche Herrschaftsansprüche, grösstmögliche politische Mitbestimmung, persönliche Freiheitsrechte und ein ordnungspolitischer Ansatz zur gründlichen Umsetzung der freien Marktwirtschaft und der Subsidiarität sind handlungslei-

tende Konsequenzen aus dem Primat der Freiheit. Das gemeinsame Zielbild und der Weg dorthin über die freisinnigen Wertvorstellungen ergeben eine Richtschnur, anhand der alle politischen, gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen beurteilt und beantwortet werden sollen.

Wir erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Themen wurden aufgrund ihrer subjektiv beurteilten Relevanz und Aktualität ausgewählt. Auf einige mussten wir bewusst verzichten, ohne sie in ihrer Bedeutung schmälern zu wollen. Andere, aktuelle, wie beispielsweise die Aussenpolitik, sind aufgrund ihres multilateralen Bezugs so wichtig, dass sie in den mit ihnen verwandten Fragestellungen und Positionen gemeinsam aufgegriffen werden. So folgt der Kapitelaufbau und die inhaltliche Themensetzung keiner bestimmten Rangliste, sondern entspricht der persönlichen Meinung der vier Autoren.

Wir sind der Meinung, dass ein Brevier die geeignetste Form ist, diese Inhalte zu transportieren. Das Brevier richtet sich an alle freisinnig denkenden Menschen. Diese finden sich auch heute noch weit über die Partei hinaus bis in die Verästelungen unserer Zivilgesellschaft. Überall dort, wo um Freiheit und Fortschritt gerungen wird, kämpfen «Freisinnige» im Geiste und im Handeln. Somit ist dieses Brevier kein Parteistrategiepapier; es ist vielmehr eine Orientierungshilfe für all jene, die sich zur grossen freisinnigen Gemeinschaft zählen. Wir verstehen unsere Meinungen als Gedankenstütze und laden zum Dialog darüber ein.

Abschliessend weisen wir darauf hin, dass überall wo das Maskulinum verwendet wird, die Frauen stets mitgemeint sind. Während des Lesens des Breviers werden Sie darauf stossen: Die rechtliche und de facto Gleichstellung von Frau und Mann ist für uns eine *conditio sine qua non*.

1 Dreimal fünf Grundsätze des Freisinns zu Gesellschaft, Wirtschaft und Staat

Die Grundsätze des Freisinns sind ein Destillat der grossen Denkschulen des politischen Liberalismus seit der Aufklärung. Sie reflektieren die Erfahrungen aus über 150 Jahren Bundesstaat. Letztlich hat der Freisinn die Weiterentwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat auf Basis des Erfolgsversprechenden und des Bewährten zum Ziel. Er will und wird durch Denken und Handeln alle Hindernisse überwinden, die dem Fortschritt unserer freien Gesellschaft im Wege stehen.

1.1 Die fünf gesellschaftspolitischen Grundsätze des Freisinns

- **Freiheit wahren und gestalten:** Die Freiheit des Einzelnen ist unser höchster Wert. Sie fängt dort an, wo die Freiheit des Nächsten aufhört. Der Staat beschränkt die Freiheit eines Einzelnen nur dann, wenn dieser die Freiheit und Sicherheit anderer bedroht.
- **Chancen ermöglichen:** Alle Menschen haben gleiche Rechte, das gilt unabhängig von Geschlecht, Gesundheit, Ethnie, Lebensführung oder Religion. Auch die Schwächsten der Gesellschaft sollen sich entfalten können.
- **Privateigentum schützen:** Privateigentum ist zu schützen vor fremdem und vor staatlichem, Gemeineigentum vor ausländischem Zugriff.
- **Individualität sichern:** Alle sollen ihr Leben eigenständig gestalten können. Masshalten ist Aufgabe des Einzelnen. Wir stehen für das Individuum und seine Verantwortlichkeit in unserer Gesellschaft ein.

- **Gemeinsinn pflegen:** Im Gegenzug setzt sich jeder nach Kräften und Möglichkeiten freiwillig für unser Gemeinwesen ein.

1.2 Die fünf wirtschaftspolitischen Grundsätze des Freisinns

- **Wohlstand schaffen:** Nachhaltiger Wohlstand entsteht nur durch Wertschöpfung und nicht durch Umverteilung.
- **Fortschritt erzielen:** Fortschritt schafft Arbeitsplätze, fördert Wohlstand und Zufriedenheit.
- **Freie Marktwirtschaft gewährleisten:** Wertschöpfung erfolgt durch produktive Tätigkeiten. Den grössten Erfolg garantiert die freie Marktwirtschaft schweizerischen Zuschnitts im internationalen Umfeld.
- **Eigenverantwortung ins Zentrum stellen:** Die freie Marktwirtschaft basiert auf dem frei handelnden Unternehmertum, welches im Gegenzug zur freien Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren

deren verantwortungsvolle Bewirtschaftung sicherstellen muss.

– **Mit Ordnungspolitik gestalten: Der Staat gestaltet die Wirtschaftsordnung durch langfristige Rahmenbedingungen im Sinne der Ordnungspolitik:**

- › Er stellt das Funktionieren des wirtschaftlichen Wettbewerbs sicher und verzichtet grundsätzlich auf wettbewerbs- und marktverzerrende Eingriffe.
- › Er wacht über die Rechtssicherheit, über Vertrags- und Haftungsfragen.
- › Er schützt Gesellschaft, Natur und Umwelt über das Verursacherprinzip.
- › Er garantiert das Privat- und das Gemeineigentum.

Eine freie moderne Marktwirtschaft basiert auf der Verfügbarkeit und verantwortungsvollen Bewirtschaftung folgender Produktionsfaktoren:

- *Arbeits- und Wissensleistung von Mensch, Tier und Technologie,*
- *Kapital,*
- *Boden,*
- *Energie,*
- *Information,*
- *Soziales Kapital,*
- *Natur und Umwelt.*

1.3 Die fünf staatspolitischen Grundsätze des Freisinns

- **Primat des Bürgers gewährleisten:** Eine funktionierender Staat ist Grundvoraussetzung für das Zusammenleben. Doch Politik und Verwaltung sind dem Bürger untergeordnet: Die Verwaltung operiert nur unter der Führung der Politik und ausschliesslich unter vom Souverän vorgegebenen Zielsetzungen. Ihre Stärke bezieht sie aus ihrer effizienten Organisation und Tätigkeit.
- **Auf Subsidiarität bauen:** Der Staatsaufbau orientiert sich am Prinzip der Subsidiarität. Jede staatliche Ebene (Bund, Kantone, Gemeinden) befasst sich nur mit Aufgaben, welche die nächst untere Ebene nicht aus eigener Kraft zu lösen vermag. Die Kompetenz zur Aufgabenerfüllung und zur Aufgabenfinanzierung wird grundsätzlich auf derselben Ebene angesiedelt.
- **Milizprinzip sichern:** Der Staat bleibt Sache aller (res publica). Hierzu braucht es nicht nur die direkte Demokratie, sondern auch eine

Mitwirkung im Staat und in der Zivilgesellschaft von möglichst vielen Bürgern. Dies ist nur möglich, wenn die Parlamente und wo möglich auch Exekutivmandate miliztauglich ausgestaltet werden und der Mehrwert von der Wirtschaft anerkannt wird.

- **Auf Kernaufgaben konzentrieren:** Der Staat konzentriert sich auf grundlegende Aufgaben. Er setzt Richtlinien und verzichtet auf spezifische Einzelanordnungen.
 - › Sicherheit: Der Staat gewährleistet die äussere und innere Sicherheit entlang dem Prinzip der Verhältnismässigkeit.
 - › Bildung: Der Staat strebt die beste Bildungsquote im internationalen Wettbewerb an und schafft die Voraussetzungen um punkto Innovationskraft an der Weltspitze zu bleiben.
 - › Infrastruktur: Der Staat ermöglicht eine effektive Infrastruktur.

- › Soziale Verantwortung: Die Schwächsten der Gesellschaft werden durch den Staat unterstützt. Und zwar dort, wo die private Hilfe nicht mehr greift.
- **Balance von Leistung und Einnahmen halten:** Der liberale Staat hält Mass und übernimmt nur Aufgaben, die sich langfristig finanzieren lassen. Er finanziert sich über demokratisch legitimierte Steuern und gestaltet sein Steuersystem so aus, dass sich Leistung lohnt.

2 Das Weltbild des Freisinns steht unter Druck

2.1 Entwicklungen in der Gesellschaft

In einer Zeit des raschen Wandels ist auch bei den jüngeren Generationen ein Rückbesinnen auf Althergebrachtes festzustellen. Der Trend hin zu mehr Wertkonservatismus bei gleichzeitig immer grösserer Vernetzung und Entgrenzung findet sich in zahlreichen Studien belegt. Damit gehen Anspruchsmentalität und ein zunehmender Ruf nach der ordnenden Hand des Staates einher. Das Sicherheitsbedürfnis nimmt zu, während gleichzeitig Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft

abnehmen. All dies bildet den Nährboden für einen ausufernden Staatsapparat.

Zudem akzentuiert sich in jüngerer Zeit ein ungelöstes Problem in der Schweiz: Unser Land und unser Selbstverständnis beruhen auf Eigenständigkeit. Wie kaum ein anderes Land haben wir uns jedoch der Globalisierung gestellt, die damit verbundenen Entwicklungen mitgetragen und dabei wirtschaftlich profitiert. Die Schweiz ist zwar nicht autonom, soll aber souverän bleiben. So ist der Widerspruch zwischen einem weltzugewandten Land und seinem Willen, hochgradig eigenständig zu bleiben, nur ein vermeintlicher – er bestimmt aber Handeln und Denken vieler Menschen.

Ebenso beschäftigen die Schweiz all die Herausforderungen, die sich aus dem organischen Bevölkerungswachstum und aus der Zuwanderung ergeben: ein steigender Flächenverbrauch, überlastete Infrastrukturen in den Ballungszentren und Integ-

rationskonflikte. Der Ruf nach dem Eingriff der Politik ist aufgrund dieser Entwicklungen allgegenwärtig. Doch statt nach Gesetzen zu rufen, müssen wir Schweizerinnen und Schweizer über Wachstum wieder objektiv diskutieren: Es braucht eine Rückbesinnung auf die Erkenntnis, dass Wachstum gesamtwirtschaftlich und sozialpolitisch wichtig ist. Dabei ist in Erinnerung zu halten, dass volkswirtschaftliches Wachstum nur schon alleine aufgrund technologischer Entwicklungen und des Bevölkerungswachstums erfolgt und erfolgen muss.

In der Schweiz muss Wachstum allerdings – aufgrund knapper natürlicher Ressourcen – viel mehr auf qualitativer Ebene erfolgen. Innovation, Technologie und Information gepaart mit einer hervorragend ausgebildeten Bevölkerung sind dabei die neuen Treiber. Wenn wir nicht im Status quo verharren und damit in die Mittelmässigkeit abrutschen wollen, muss der Wille zu einem intelligenten Wachstum mehrheitsfähig werden.

Die zunehmende internationale Vernetzung führt überdies zur Kritik, dass die Schweiz an Selbstbestimmung verliere. Tatsächlich verlagern sich Kompetenzen und Entscheide teilweise auf die supranationale Ebene. Es braucht hierbei eine laufende Güterabwägung zwischen staatlicher Eigenständigkeit und der Verlagerung von Problemlösungen auf übergeordnete Stufe. Mit in die Waagschale zu werfen ist, dass Chancen wie Marktöffnung, Wissensaustausch und kulturelles Lernen unverzichtbare Faktoren für die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Entwicklungen sind.

Für die Politik geht es darum, intelligente, pragmatische und wirkungsorientierte Lösungen zu finden, um die fiktiven und realen Probleme zu bewältigen. Mit diesem lösungsorientierten Ansatz wird jenen Kräften entgegengetreten, die mit ihrem Schüren und Instrumentalisieren von Ängsten auf Wählerfang sind. Gelingt dies nicht, lassen wir zu, dass das Fundament unseres Wohlstandes angegriffen wird.

2.2 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Spätestens seit der Finanzkrise 2008 werden Marktkrisen nicht mehr als menschliches Versagen einzelner Eliten, sondern als Versagen des marktwirtschaftlichen Systems wahrgenommen. Der Ruf nach mehr Staat ist dadurch bis weit in bürgerliche Kreise salonfähig geworden. Den Reputationsschaden tragen die wirtschaftlichen Handlungsträger und die wenigen politischen Verfechter der freien Marktwirtschaft.

Auf Seiten der Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung ging vergessen, dass Marktwirtschaft Freiräume braucht. Aber Politik und Souverän werden der Wirtschaft die nötige Freiheit nur dann gewähren, wenn sie diese verantwortlich nutzt. Es gab und gibt Entscheidungsträger, die mit diesem Freiraum unverantwortlich umgehen und das finanzielle Eigeninteresse vor das Gesamtwohl gestellt haben. Die Antwort darauf kann aber nur Kulturwandel und

nicht eine ausufernde Regulierung sein. Auf Seiten der Politik ging vergessen, dass die Ursprünge der Fehlentwicklungen ebenso in der Politik und ihrem Versagen zu suchen sind. Sie darf heute nicht vergessen, dass mit einer überregulierten Wirtschaft genau diejenige Quelle zum Versiegen gebracht wird, von der die Bevölkerung lebt.

Wichtig ist, dass sich die Schweiz ihre makroökonomischen Selbständigkeiten bewahrt in den Bereichen: Währung, Staatshaushalt, Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen sowie Steuern.

2.3 Entwicklungen in der Politik

Nach einer kurzen Zwischenphase einer scheinbar erstarkenden, im Grunde aber dispersen Mitte, hat sich der Trend zur Polarisierung weiter fortgesetzt. Nationalkonservative Rezepte dominieren bei den Wählerinnen und Wähler gegenüber lösungsorientierten Ansätzen. Die Mitteparteien setzen ihre Prä-

ferenzen wechselnd einmal rechts und einmal links. Das Profil der lösungsorientierten und staatstragenden Politik von Parteien in der bürgerlichen Mitte geht dabei zwangsläufig verloren. Und die Dominanz der sich von Konsenslösungen entfernenden Polparteien nimmt zu.

Die FDP, die sich in den letzten Jahren selber und durchaus geschickt als «liberalen Pol» positioniert und sich damit der Bezeichnung als schwer greifbare Mittepartei entledigt hat, muss nun aber um ihr Attribut «liberal» kämpfen: Heute müssen wir feststellen, dass das einstige Alleinstellungsmerkmal des Freisinns, das Attribut «liberal», durch exzessive Verwendung aller Parteien sinnentleert wurde. Das macht die Abgrenzung von anderen Parteien schwierig.

Seitdem die Parteipolitik das Instrument der Volksinitiative als Positionierungsinstrument und Wahlkampfvehikel entdeckt hat, setzen vor allem die

Polparteien auf Mobilisierungsthemen: Mittels Schüren und Instrumentalisieren von Ängsten und mit Angriffen auf die Fundamente der Marktwirtschaft werden Wählerstimmen gewonnen. Die Folge ist eine zunehmende Rechtsunsicherheit, insbesondere seit einige Volksinitiativen an der Urne angenommen wurden. Damit haben beide Pole unter Ausnutzung unserer direktdemokratischen Instrumente letztlich das Fundament unseres Wohlstandes angegriffen. Die Abstimmungssiege und die Wahlerfolge in den Nationalratswahlen vermochten insbesondere die nationalkonservativen Kräfte nicht dazu nutzen, um ihren Einfluss in den kantonalen Exekutiven zu stärken. Dieses Ungleichgewicht erzeugt im System permanente Spannung und hat markante Auswirkungen auf Konkordanz, direkte Demokratie und natürlich auf die Rolle des Freisinns.

2.4 Entwicklung in den Medien

Durch Digitalisierung und Vernetzung gewinnen Informationen als Produktionsfaktor zunehmend an Bedeutung. Den Medien stehen immer mehr Informationen schneller zur Verfügung. Doch über die Sozialen Medien findet der Informationsaustausch zugleich mit und zwischen den Endkonsumenten statt, allerdings unmittelbar, skalierbar und bei sehr tiefen Verbreitungskosten.

In Folge der Geschwindigkeit, der Wertminderung der einzelnen Information und der Konsolidierung des Medienmarkts hat sich der Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Medien verstärkt. Als direkte Folge schmilzt die Fähigkeit zur differenzierten Analyse des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschehens dahin. Kommentare als wichtiges Element zur Einordnung und Wertung eines Sachverhaltes zerfallen in intransparente und nicht überprüfbare Meinungs- und Gesinnungsaussagen. Medien, deren Hauptkompetenz in der ob-

jektiven Sachkompetenz und der Kommentierung besteht, werden aus dem Markt verdrängt, ausser sie schaffen es, neue Ertragsmodelle zu entwickeln und zu erschliessen. Ob dies langfristig gelingt, bleibt offen.

Was sicher bleibt, ist die gewonnene Unabhängigkeit des Individuums und jeder Organisation. Dank verschiedenster Technologien sind sie heute in der Lage, sich ohne Unterstützung des Staates global zu informieren und zu organisieren. Dies eröffnet zahlreiche Chancen. Parallel dazu steigen jedoch auch die Risiken: Wir werden verletzlicher und angreifbarer.

2.5 Die Schweiz in der Staatenwelt

Die Globalisierung ist weit vorangeschritten. Die Schweiz findet sich mitten in einer tief vernetzten Weltgemeinschaft: Handels-, Verkehrs- und Informationsströme durchfliessen die Schweiz in nie ge-

kanntem Ausmass, täglich nutzen wir High-Tech-Geräte und Webdienstleistungen, konsumieren Lebensmittel und beziehen Kleider aus den entferntesten Ländern. Wir führen Geschäftsbeziehungen über tausende Kilometer in alle Himmelsrichtungen, rollen unsere eigenen Geschäftsmodelle global aus und geniessen eine Bewegungsfreiheit, wie sie bis vor Kurzem nur wenigen vorbehalten war - das und noch viel mehr prägt unsere Lebensgewohnheiten und erscheint uns als selbstverständlich. Mit der Vernetzung entstehen neue Herausforderungen, die nicht nur das Innere eines einzelnen Staates betreffen, sondern wesentlich den Austausch mehrerer Staaten miteinander. Entsprechend müssen im internationalen Rahmen gemeinsam Lösungen gefunden werden. Die Erkenntnis, dass heute auch Innenpolitik ohne Kenntnisse der aussenpolitischen Zusammenhänge kaum mehr tragfähig ist, muss erst noch reifen. Die Schweiz hat bislang ihren Weg noch nicht gefunden. Sie schwankt zwischen den Werten einer offenen Gesellschaft und Wirtschaft

auf der einen und Rückzug ins Innere auf der anderen Seite.

Parteien erfüllen seit der Entstehung des modernen Bundesstaates eine wichtige Schnittstellen-Funktion zwischen Gesellschaft und Politik. Doch Entwicklungen erfolgen heute mit höherer Geschwindigkeit. So wirken externe Faktoren wie Globalisierung, Digitalisierung und Medienwandel in erster Linie auf die sich entsprechend wandelnde Gesellschaft. Die Politik spürt die Umwelteinflüsse auch, gehorcht aber langsameren Gesetzmässigkeiten. Insbesondere die Parteien können sich weder vollständig dem herkömmlichen Politikbetrieb noch neuen Realitäten in Wirtschaft und Gesellschaft zuwenden. Sie müssen den Spagat zwischen zwei sich unterschiedlich schnell bewegenden Systemen schaffen. Parteien werden sich in Zukunft wohl mehr in Richtung informations- und wissensbasierte Gesinnungsnetzwerke entwickeln. Somit stehen alle Parteien unter Druck zum Wandel. Doch

am Freisinn, als politische Ideologie betrachtet, zerren zusätzlich Kräfte. Internationale politische Entwicklungen, technische Möglichkeiten und neue gesellschaftliche Realitäten strapazieren die liberale Wertehaltung.

3 Der Freisinn unterwegs

3.1 Unser Zielbild für die Schweiz in zehn Jahren

Soll die freisinnig geprägte Gesellschaft eine Schweiz zur Heimat haben, in der primär Vorschriften, Kontrollbehörden und staatliche Kampagnen unser Leben bestimmen? Eine Schweiz, die ihre starke wirtschaftliche Position und ihren Wohlstand selbst gefährdet? Eine Helvetia, die lieber Selbstgespräche führt, statt den bewährten Rezepten einer bewussten Weltoffenheit für den künftigen erfolgreichen Weg zu folgen?

Diesen Weg wollen Freisinnige nicht gehen. Wir müssen deshalb im nächsten Jahrzehnt alles daran setzen, unsere Schweiz mit freisinnigen Grundsätzen neu zu gestalten. Im Zentrum steht das Ziel, in einer Schweiz zu leben, ...

- ... in der gleiche Rechte unabhängig von Geschlecht, Gesundheit, Ethnie, Lebensführung und Religion sichergestellt sind.
- ... in der die Menschen Frieden, Sicherheit und Wohlstand finden und auch bei Differenzen respektvoll und lösungsorientiert miteinander umgehen.
- ... die sich ihre Selbstständigkeit in volkswirtschaftlich und politisch relevanten Angelegenheiten bewahrt.
- ... die sich ohne Abstriche marktwirtschaftlich orientiert und damit ihren Spitzenplatz in der Wettbewerbsfähigkeit sichert.
- ... die eine Mehrheit der Hindernisse im Güter-, Personen-, Kapital- und Informationsverkehr abgebaut hat und sich laufend international

- vernetzt.
- ... in der die innere und äussere vernetzte Sicherheit als Grundvoraussetzung für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gewährleistet ist.
 - ... an deren Wohlstand alle teilhaben können und zwar in erster Linie durch ihren Beitrag an die Wertschöpfung und erst subsidiär durch sozialen Ausgleich.
 - ... in der den Menschen ihr Privateigentum belassen und das Recht darauf garantiert wird.
 - ... in der die sozial Schwächsten sich entfalten können und durch den Staat befähigt werden, auf eigenen Beinen zu stehen.
 - ... in der jeder entlang seiner Möglichkeiten erfolgreich sein kann.
 - ... die ihre kulturellen Traditionen und Eigenarten schätzt und gleichzeitig neue Impulse aufnimmt.
 - ... deren Bürgerinnen und Bürger tolerant gegenüber den Schwächsten der Gesellschaft sind und weltoffen gegenüber anderen Völkern, Kulturen und Minderheiten.

- ... in der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik Sorge tragen zu unserem Gemeinwohl.
- ... in der sich jeder einzelne nach Kräften in öffentlichen Ämtern und in der Zivilgesellschaft für den Staat und das Zusammenleben engagiert.
- ... in der für künftige Generationen eine bestmögliche Ausgangslage geschaffen wird.
- ... in der wir alle den Wert der Natur und der Umwelt anerkennen und Sorge dazu tragen.
- ... in der wir eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur haben.
- ... in der sich Politik und Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zurückhalten und ihr Wirken auf Notwendiges reduzieren.
- ... in der zuerst eigenverantwortliche Lösungen gesucht werden, bevor der Staat regulierend und umverteilend eingreift.
- ... in der Überregulierung vermieden wird.
- ... in der überdurchschnittliche Bildung, Forschung und damit Innovation als Motor für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung

anerkannt und gefördert werden.

- ... in der Experimentierfreude und Neugier mit allen Chancen und Risiken Antriebskraft für die Entwicklung sind.
- ... in der unternehmerisches Risiko belohnt und Leistung, auch steuerlich, nicht bestraft wird.

3.2 Der strategische Ansatz

Alle politischen Akteure haben ihre eigenen Strategien, um ihre Ziele zu verfolgen. So waren die Gegner des Freisinns in ihren jeweiligen Bereichen recht erfolgreich: Die Sozialdemokratie baut den einst als Versicherung in Notlage konzipierten Sozialstaat in Verkennung der realen Möglichkeiten und Auswirkungen irreversibel weiter aus. Die Nationalkonservativen verhindern in einer globalisierten Welt einen aussenpolitisch pragmatischen Weg der Schweiz, indem sie gezielt Ängste schüren, die Institutionen untergraben und den Isolationismus und die Ausgrenzung fördern. Etatistische Kräfte

betreiben Angstmacherei, um ihre Vorstellungen einer staatlich gesteuerten und bevormundeten Gesellschaft und einer staatlich regulierten Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Je erfolgreicher diese Strategien sind, desto gefährdeter sind unsere freisinnigen Grundsätze und Ziele für eine freie Gesellschaft und Volkswirtschaft. Je stärker diese in Frage gestellt sind, desto grösser ist die Gefahr, dass die Schweiz wegen steigendem Staatsinterventionismus, Regulierungswut, Umverteilung, Fiskallasten, Verschuldung und schliesslich Verlust von Wohlstand und Freiheit in das Mittelfeld abrutscht.

Wir verfolgen deshalb diese Strategie

- Dort, wo wir bereits viel erreicht haben und entsprechend an Freiheiten einbüßen könnten, stemmen wir uns gegen den Zugriff des Sozialismus und Nationalkonservatismus. Wir bewahren den Status quo des bisher Erreichten vor extremen Lösungen und optimieren entlang unserer Grundsätze. Wo unsere Grundsätze eingehalten

- werden, sind wir kompromissfähig, um guten Teillösungen zum Durchbruch zu verhelfen.
- Bei Einzelentscheidungen, die eine Güterabwägung verlangen, nehmen wir eine differenzierte Betrachtung vor.
 - Parallel dazu nehmen wir in wichtigen Bereichen langfristige Reformen zur Umsetzung unserer Werte in Angriff. Diese Vorhaben haben einen Horizont von zehn Jahren und bedingen eine weitsichtige Führung sowie ein programmatisches Vorgehen der Tagespolitik und ihrer Umsetzung.

4 Die Positionen und Handlungsfelder des Freisinns

4.1 Die Freiheit des Einzelnen wahren und ausbauen

Unsere Position

Der Mensch ist für uns Freisinnige ein freies und eigenverantwortliches Wesen. Er hat weder ausschliesslich positive noch negative Veranlagungen. Jeder Mensch ist so, wie er in vollem Bewusstsein denkt, Entscheide trifft und handelt. Der Mensch handelt grundsätzlich frei – seine Freiheit endet dort, wo er durch sein Handeln die Freiheiten der Mitmenschen einschränkt. Gesellschaftspolitisch

räumen wir der Eigenverantwortung und dem Selbstbestimmungsrecht einen sehr hohen Stellenwert ein. Unser freisinniges Konzept richtet sich nach den in der Bundesverfassung festgelegten Freiheitsrechten.

Aufgaben in unserer Gesellschaft werden zuerst eigenverantwortlich vom Individuum gelöst, bevor an die Zivilgesellschaft zu appellieren ist. Nur wenn Aufgaben weder individuell noch zivilgesellschaftlich gelöst werden können, delegieren wir die Aufgabe an die zuständige Staatsebene. Im Wissen, dass jegliches staatliches Handeln die persönlichen Freiheiten einschränkt, suchen wir - wo möglich - für die staatlichen Eingriffe eine Exit-Strategie. Bereits erkämpfte Freiheiten dürfen nicht aufgegeben werden.

Als Ganzes muss unsere Gesellschaft die Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen akzeptieren, wahren und nur diejenigen sanktionieren, die

die gesellschaftliche Ordnung verletzen. Zugleich muss die Gesellschaft ihren Wertekatalog hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann, der Integration der Generationen und der Nicht-Diskriminierung von Minderheiten modernisieren.

Die Freiheitsrechte, kombiniert mit dem Bewusstsein der Mitverantwortung des Einzelnen, bilden den Grundstein unserer Gesellschaftsordnung. Zeitgeist und aktuelle Trends der Politik neigen dazu, dieses Fundament zu unterminieren. Der Freisinn hält an der Freiheit als Prinzip fest.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Meinungsfreiheit:** Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung muss erhalten werden.
- **Glaubens- und Gewissensfreiheit:** Religiös motivierte Verbote sind abzulehnen.
- **Gleichberechtigung:** Gleichstellung in Politik und Wirtschaft aller, namentlich unabhängig vom Geschlecht, ist anzustreben.
- **Selbstbestimmung:** Allen Bürgern soll zugestanden werden, frei zu entscheiden, und zwar bis zum Lebensende.
- **Schutz der Privatsphäre:** Auch juristische Personen haben Anspruch auf eigenverantwortliche Freiräume und Privatsphäre. Es gilt diese zu wahren.
- **Recht auf Leben und persönliche Freiheit:** Wir wollen über die Analyse und die Verwendung des eigenen genetischen Erbgutes selber bestimmen können.
- **Rechtsgleichheit:** Das vertraglich geregelte Konkubinats sowie eingetragenen Partnerschaften

sollen mit der Ehe in Bezug auf Bleibe-, Adoptions- und Steuerrecht gleichgestellt und unabhängig vom Geschlecht der Paare ausgestaltet werden.

- **Eigenverantwortung:** Weiche Drogen wie Cannabis sollen entkriminalisiert, staatliche Bevormundung beim Essen und Trinken vermieden und staatliche Präventionskampagnen gemässigt werden.

4.2 Eigentum sichern, Umverteilung begrenzen

Unsere Position

Privateigentum umfasst materielle und auch bestimmte immaterielle Werte, die durch den Einsatz der Produktionsfaktoren erwirtschaftet wurden. Der Mensch strebt nach Eigentum, um die eigene Existenz abzusichern, in Wohlstand gut zu leben und um Mitmenschen in verschiedenen Formen zu unterstützen. Die Möglichkeit, Privateigentum zu

erarbeiten und die Aussicht, den grösseren Anteil im Rahmen der gesellschaftlichen Pflichten behalten zu können, ist eine starke Antriebsfeder für den Menschen. Hierfür denkt und handelt er unablässig auch über Generationen hinweg.

Der Mensch ist sogar bereit, sein bereits erarbeitetes Privateigentum unter hohem Risiko einzusetzen, wenn er eine Chance sieht, dass er es unter Ertrag wieder zurückerhält. Er ermöglicht damit Arbeit und wiederum die Möglichkeit für andere, ebenfalls Privateigentum zu generieren. Der gezielte und kombinierte Einsatz von Arbeit, Kapital, Boden, Energie, sozialem Kapital, Information und den Gütern der Natur ermöglicht neue Produkte und Dienstleistungen. Mit der Produktion, Veredelung und Distribution wird Wert geschaffen. Werden diese verantwortungsbewusst erzeugt, geschieht das nie auf Kosten von anderen, sondern immer zugunsten aller direkt und indirekt an der Wertschöpfungskette beteiligten Menschen und der Umwelt.

In jeder durch demokratische Mitbestimmung geprägten Gesellschaft ist der Ruf nach Umverteilung nicht weit. Dabei gilt es stets vor Augen zu halten, dass Umverteilung oft kontraproduktiv ist, also genau das Gegenteil des Intendierten bewirkt: Derjenige, der von der Umverteilung profitiert, hat einen Vorteil, der aber fatalerweise meist nur kurzfristig wirkt. Weil er mit der Zuteilung von Werten, die andere erarbeitet haben, keinerlei Anreize erhält, selber mehr Eigentum zu erarbeiten, bleibt der volkswirtschaftliche Effekt oft eng begrenzt. Diejenigen, denen das Erarbeitete weggenommen wird, lernen ihrerseits, dass sich Einsatz nicht lohnt. Folglich bewirkt derart praktizierte Umverteilung eine Schmälerung der Gesamtwohlfahrt.

Privateigentum ist die Voraussetzung für Wohlstand. Wohlstand entsteht durch eine verantwortungsvolle Wertschöpfung. Ohne einen verhältnismässigen sozialen Ausgleich kommen hochentwickelte Gesellschaften nicht mehr aus. Doch der Ausgleich muss nachhaltig finanzierbar bleiben, darf keinen Moral Hazard generieren und keine wohlstandsmindernde Ressourcenabwanderung provozieren.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Abbau der Fiskalquote vor dem Hintergrund individueller Aufgabenzuteilung und der Begrenzung von Staat und Umverteilung:** Darum sind alle neuen Steuern grundsätzlich – soweit sie nicht kompensiert werden – abzulehnen.
- **Erhaltung des internationalen und nationalen Steuerwettbewerbs:** Steuerwettbewerb ist der beste Garant für die Leistungsfähigkeit einer staatlichen Verwaltung.
- **Beschränkung des nationalen Finanzausgleichs:** Die Umverteilung zwischen Kantonen darf die Anreize eines leistungsschwachen Kantons zur Verbesserung seiner Leistungsfähigkeit nicht mindern.
- **Intelligenter Schutz immaterieller Güter:** Ein solcher birgt Anreize, die investitions- und innovationsfördernd wirken, jedoch nicht zum Ausruhen in Monopolstellungen verleiten.

- **Keine Eingriffe ins Privateigentum:** Prinzipielle Ablehnung staatlicher Interventionen ins Privateigentum zur Wertminderung von Boden und Wohneigentum.
- **Verankerung des Wertschöpfungsprinzips:** Die allgemeinen Bestimmungen der Bundesverfassung sind um das Grundverständnis zu ergänzen, dass Wohlstand nicht durch Umverteilung sondern durch Wertschöpfung entsteht und die Eidgenossenschaft entlang der ordnungspolitischen Grundsätze einen Rahmen setzt, welcher die Umverteilung begrenzt.

4.3 Aufgaben und Finanzen des Staates stets überprüfen und begrenzen

Unsere Position

Ein gesunder Staat ist die Bedingung für eine funktionierende Schweiz. Dies setzt einen gezielten und effizienten Einsatz der Mittel voraus. Das heutige ungebremte Wachstum des öffentlichen Sektors

widerspricht aber diesem Prinzip. Bereits heute ist die Verwaltung oft durch ihre personelle Stärke und die mangelnde politische Führung in der Lage, die politischen Inhalte und Prozesse zu übersteuern. Für unsere fein austarierte Demokratie mit einem hohen Milizengagement ist diese Entwicklung bedrohlich. Wir sind in den letzten Jahren schon weitgehend in der Staatsform der Bürokratie, also der Herrschaft der Verwaltung, angelangt. Diesen Zerfall gilt es tunlichst zu verhindern und wo schon fortgeschritten, rückgängig zu machen. Die politische Führung und Personalpolitik sind zu stärken.

In Bereichen, in denen der Markt die effiziente Verteilung der Güter nicht regelt, ist der Staat für die Versorgung zuständig. Das heutige Engagement des Staates in der Versorgung des Landes mit öffentlichem Verkehr, Finanzdienstleistungen, Postverkehr, Gesundheit und Telekommunikation war notwendig und wurde massgeblich durch den Freisinn vorangetrieben. Heute ist die Versorgungslage

in praktisch allen Bereichen von höchster Qualität und kann durch den Markt sichergestellt werden. Aber der Staat trennt sich nur schwer von seinen ehemaligen Anstalten und Werken. Daher verheddert er sich zunehmend in seiner Rolle als Eigentümer, Leistungsbesteller, Betreiber und Regulierer, ist überfordert, konkurrenziert private Anbieter und behindert den Wettbewerb. Governance-Probleme und Subventionierungen verhindern dabei die effiziente Versorgung und die Qualitätsentwicklung. Das trifft namentlich für Gesundheit, Energie, Versicherungswesen, Verkehrsbetriebe, Telekommunikation, Post und Banken zu.

Es gibt nur noch wenige Bereiche in denen der Staat das Primat halten darf: Zu seinen Kernaufgaben gehören die Bildung, die Bereitstellung von Infrastrukturen, die der Markt nicht ausreichend erbringen kann, vor allem der Verkehrsinfrastruktur, die Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit sowie die Bereitstellung einer Basis sozialer Sicherheit.

Teure Staatsapparate führen zu hoher Steuerbelastung. Darunter leiden Mittelstand und KMU in Kombination mit multinationalen Unternehmungen als Leistungsträger einer Volkswirtschaft am meisten. Die Politik muss die Kernaufgabendiskussion neu führen. Es sind Wege zu finden, um die Aufgabenfülle des Staates zu reduzieren und seine Rollen zu entflechten. Der Staat hat sich im Verkehr, im Finanzdienstleistungssektor, in der Energieversorgung und im Gesundheitswesen auf seine Rolle als Regulator mit Oberaufsicht, Leistungsbesteller und Mitfinanzierer zu beschränken. Direkte Aufsicht, Betrieb und Eigentum sind zu privatisieren. Staatliches Handeln ist als Ultima Ratio anzusehen.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Aufgabenüberprüfung und Leistungsanalyse:** Der Staat muss regelmässig überprüfen, ob die von ihm übernommenen Aufgaben dem Prinzip der Subsidiarität entsprechen und er muss seine Leistungen evaluieren.
- **Rückbau der überdimensionierten Verwaltung:** Gebundene Ausgaben und überbordende Regulierungen müssen durch permanente Überprüfung der Aufgaben mittels Sunset-Legislation reduziert werden.
- **Konsequente Steuerung der Verwaltungen:** Leistungs- und Wirkungsziele im Verbund mit Globalbudgets und wettbewerblichen Anreizen sind auf den Ebenen Bund und Kantone sowie in grossen Gemeinden umzusetzen.
- **Primat der Politik:** Die Politik muss sich gegenüber den Vorstellungen und Zielen der Verwaltung stärker durchsetzen.
- **Keine Ausdehnung der Staatsquote:** Eine verbesserte Kontrolle mittels gesetzlicher Hürden,

beispielsweise der Notwendigkeit qualifizierter Mehrheiten für Ausgabenentscheidungen, sind einzuführen.

- **Keine Überschuldung:** Die Schuldenbremse ist unter allen Titeln segensreich und zu verteidigen.
- **Reduktion der Staatsverschuldung:**
 - › Ausgabenentscheide sollen an Einnahmementscheide gekoppelt werden.
 - › Es sind verbindliche Pläne umzusetzen, um die bestehende Verschuldung zu minimieren.
- **Einheitssteuersatz für Mehrwertsteuer:** Ein einheitlicher Satz bei der Mehrwertsteuer würde eine enorme Reduktion der administrativen Aufwände bedeuten.
- **Funktionierender Steuerwettbewerb:** Dieser hilft, Steuern zu senken und durch Mehrproduktion neue volkswirtschaftliche Erträge und damit wieder Steuern zu generieren.
- **Freiheiten für Strukturen und Grössen der unteren Staatsebenen:** Fusionserleichterungen sowie einheitliche Rechnungslegungsvorschriften

für Gemeinden sollen eingeführt werden.

- **Neuordnung des Service public:** Eine konsequente Leistungsüberprüfung und -ausschreibung soll vermehrt den Service Public ablösen und die Qualität der vom Souverän erwarteten öffentlichen Dienstleistungen steigern.
- **Regulierungsbremse:** Um eine Regulierungsflut zu verhindern, gilt bei neuen Regulierungen das Prinzip «one-in, two-out».
- **Einführung Flat Rate Tax:** Dadurch wird der administrative Aufwand verringert und werden negative Anreize auf den Arbeitsmarkt beseitigt. Der kantonale Steuerwettbewerb ist beizubehalten.
- **Abbau monopolartiger Situationen:** Reduktion der staatlichen Zugangsbeschränkungen in privatwirtschaftlichen Märkten.
- **Abbau von (Teil-)Monopolen:** Öffnung von staatlich geschlossenen Märkten.
- **Kontrollierter Ausstieg aus allen Unternehmensbeteiligungen:** Der Bund soll seine

Beteiligungen an Bundesbetrieben aufgeben (exkl. Bahninfrastruktur). Zudem sollen Bund, Kantone und Gemeinden aus Kantonalbanken, Spitälern, Energiegesellschaften und Gebäudeversicherungen aussteigen und Teilmonopole abschaffen.

4.4 Den Menschen ermöglichen dort zu arbeiten, wo sie ihr Potential am besten entfalten können

Unsere Position

Jeder Mensch hat unterschiedliche Begabungen, Fähigkeiten und Erfahrungen. In einer freien Wirtschaftsordnung bringt er diese nach Möglichkeiten ein und wird dafür belohnt respektive entlohnt. Die Arbeit ist für den Menschen in entwickelten Gesellschaften jedoch nicht nur Broterwerb, sondern auch Quelle von Wertschätzung und Sinnstiftung. Menschen identifizieren sich zu einem Teil über ihre Arbeit. Arbeitslosigkeit ist folglich für die Betroffenen

nicht nur aus finanzieller Sicht benachteiligend, sie kann den Menschen in seiner Integrität tief verletzen.

Menschen müssen die Gelegenheit haben, dort zu arbeiten, wo sie ihr Potential und ihr Talent am besten entfalten können. Die Drehscheibe ist der Arbeitsmarkt, wo sich Angebot und Nachfrage treffen. Je freier dieser Markt funktionieren kann, desto eher sind Arbeitgeber bereit, neue Stellen zu schaffen und umso eher sind Arbeitnehmer bereit, dort zu suchen, wo sie ihre Fähigkeiten und Erfahrungen am besten einbringen können. Dieses Prinzip garantiert am ehesten, dass sich die Wirtschaft dynamisch weiterentwickeln kann, wie das wirtschaftliche Scheitern aller regulierten Arbeitsmärkte lehrt.

Die Flexibilität des Arbeitsmarktes ist eine Voraussetzung, an welche sich beide Seiten zu halten haben. Arbeitnehmer müssen Mobilität und Bereitschaft zur Weiterbildung mitbringen, Arbeitgeber ihrerseits Flexibilität punkto Arbeitszeitmodellen. Sie

sollen Möglichkeiten zur Beschäftigung nach Mass entwickeln, auch über das Rentenalter hinaus.

Konjunkturellen Schwankungen ist mit dem bewährten System der Arbeitslosenversicherung und Sozialplänen statt mit Arbeitnehmerschutz zu entgegen. Europaweit zeigt es sich, dass Unternehmen nach einer Rezession schneller Stellen schaffen, wenn sie nicht mit einem rigiden Arbeitnehmerschutz konfrontiert sind.

Der Arbeitsmarkt hört nicht an der Landesgrenze auf. Arbeitnehmer aus EU-Staaten und auch solche aus Übersee sind ein funktionaler Bestandteil unserer Wirtschaft geworden. Sie bringen einerseits in der Schweiz rare Spezialisierungen mit, andererseits können sie hierzulande Arbeiten übernehmen, die hierzulande kaum mehr nachgefragt werden, aber trotzdem notwendig sind.

Arbeitslosigkeit kann nicht in jedem Fall verhindert, aber durch flexible Arbeitsmärkte am wirkungsvollsten begrenzt werden. Nur eine liberale Arbeitsmarktpolitik, gepaart mit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft, garantiert, dass einer grösstmöglichen Anzahl von Menschen der Zugang zur Arbeitswelt offen steht.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Freiheitliches Arbeitsrecht:** Durch Weiterentwicklung unseres freiheitlichen Arbeitsrechtes soll das Gleichgewicht zwischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitgebern während Rezession und Konjunktur sichergestellt werden.
- **Reduktion der flankierenden Massnahmen:** Sie widersprechen freiheitlichen Ideen im Arbeitsrecht und belasten das Verhältnis zur EU.
- **Einführung eines modernen Arbeitsmodells:** Die heutige 42-Stunden-Woche beruht auf Arbeitsmodellen des 20. Jahrhunderts und sollte von betriebsinternen oder branchenübergreifenden Vertrauensarbeitszeiten abgelöst werden. Anvisiert wird die Stärkung vor allem der Teilzeitbeschäftigung, um den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft zu entsprechen (Vereinbarkeit Familie und Arbeit auch für Frauen wie für Männer, Einbezug älterer Menschen in den Arbeitsmarkt) sowie die Individualisierung oder zumindest Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung.

- **Notwendigkeit einer übergeordneten Strategie zur Zuwanderung:** Die Ziele und das Vorgehen in den Bereichen Wirtschaftsmigration, Sozialmigration und Flüchtlingswesen sind zu definieren. Diese Strategie soll sich an der humanitären Tradition der Schweiz, den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, die durch das eigene Bildungswesen nicht abgedeckt werden können, sowie an Erfahrungswerten erfolgreicher Integration orientieren.
- **Produktives Verhältnis zur EU:** Dieses ist Grundvoraussetzung für den Anschluss an den kontinentalen Arbeitsmarkt. Die Bilateralen waren hierbei ein erster Schritt; sie werden allerdings ständig auf den Prüfstand gestellt. Mit der heutigen Konzeption der EU ist ein Beitritt der Schweiz politisch ausgeschlossen. Unsere Strategie muss darauf beruhen, die bilateralen Verträge in der kurzen Frist zu sichern und mittelfristig auszubauen. In allen politischen Entscheidungen in der Schweiz und in Verhandlungen mit der EU

gilt das Primat der Bilateralen. Dazu gehört auch ein Abkommen, das die Rechtsentwicklung, die Sicherstellung der Umsetzung, eine einheitliche Rechtsauslegung und die Verantwortung der Rechtsprechung zu den bilateralen Marktzugängen klärt. Im Sinne der Eventualplanung ist eine Lösung über ein breiter abgestütztes Abkommen vorzubereiten.

- **Sozialpartnerschaft als zentraler Eckpfeiler des Arbeitsfriedens:** Die Gewerkschaften nehmen sich zunehmend Freiräume heraus. Im Interesse der Volkswirtschaft ist ihre transparente Selbstregulierung hinsichtlich Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel gefordert.
- **Gesellschaftliche Mitverantwortung von Unternehmen:** Auch den Schwächsten der Gesellschaft ist Arbeit und damit persönliche Entfaltung zu ermöglichen.

4.5 Eine sichere und marktorientierte Energieversorgung gewährleisten

Position

Sichere und günstig verfügbare Energie bildet den Treibstoff für Maschinen, Netzwerkinfrastruktur, Kommunikationsmittel, Fahrzeuge - kurz für eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft. Insbesondere die elektrische Energie wird mit der zunehmenden Technologisierung unseres Lebens noch weiter an Bedeutung gewinnen. Einst war die Sicherstellung der Stromversorgung ein staatlicher Auftrag im Sinne des Service Public. Nun soll mit der schrittweisen Liberalisierung des Strommarktes eine effizientere Allokation des Produktionsfaktors elektrische Energie ermöglicht werden.

Halbherzige Liberalisierungen und starke Eingriffe in Form von Subventionen haben den Strommarkt verzerrt. Diese Eingriffe haben einen Trend in der Technologienutzung hin zu nachhaltiger elektrischer Energie herbeigeführt. Sobald die politischen

Ziele erfüllt sind, ist ein Ausweg aus der Wettbewerbsverzerrung zu finden.

Auch bei den fossilen Energieträgern gibt es Handlungsbedarf. Ihre Verbrennung trägt massgeblich zum CO₂-Ausstoss bei. Dass dabei ein möglichst hoher Wirkungsgrad bei möglichst geringer Nutzungsmenge erreicht werden muss, ist eine ökonomische und sachlogische Notwendigkeit. Jegliche Energiestrategie ist daher integral zu betrachten.

Die vollkommene Liberalisierung des Energiemarktes bei hoher Versorgungssicherheit ist anzustreben, wobei die nationale Versorgungssicherheit gewahrt bleiben muss. Um negative Effekte auf Menschen, Natur und Umwelt zu minimieren oder die Reparation abzudecken, müssen diese im Preis inbegriffen sein.

Ohne wirtschaftliche und sicher verfügbare Energie steht buchstäblich «die Welt still». In der Energie-Produktion besteht eine Ungleichbehandlung verschiedener Technologien, was zu Wettbewerbsverzerrungen, hohen Kosten und Versorgungsunsicherheit führt. Eine Liberalisierung unter gleichzeitiger Abbildung negativer Umwelteinflüsse in den Kosten führt zu einer ökologisch besseren und ökonomisch tragbaren neuen Energieversorgung.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Keine Technologieverbote in der Energieversorgung:** Alle Technologien haben Vor- und Nachteile, daher ist keine kategorisch auszuschliessen.
- **Exitstrategie für Subventionierung des Ökostroms (KEV):** Die Subventionen führen zu Wettbewerbsverzerrungen. Daher muss möglichst bald ein Ausstieg gefunden werden.
- **Internationale Zusammenarbeit:** Die Integration in den EU-Strommarkt ist umzusetzen, unter Wahrung der nationalen Versorgungssicherheit.
- **Ausschreibungspflicht für Nutzungskonzessionen:** Nutzungskonzessionen sind auszuschreiben und dem wirtschaftlichsten Angebot zuzuschlagen.
- **Verantwortungsvoller Umgang mit dem beschränkten Produktionsfaktor Energie:**
 - › Eine stärkere Benutzerfinanzierung durch Internalisierung negativer Externalitäten ist durchzusetzen.

- › Die schrittweise Aufgabe von Langfristverträgen mit dem Ausland ist zu verfolgen.
- › Die Bewilligungskompetenz von Hochspannungsnetzen zur Sicherstellung des künftigen Ausbaubedarfs ist auf Stufe Bund zu verlagern.
- › Eine effizientere Energie-Nutzung durch steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung, verbindliche Standards für effiziente Haushaltsgeräte und Baustandards wird benötigt.
- › Eine vollständige Öffnung des Schweizer Strommarktes bis auf Stufe Haushalt (Aufhebung der willkürlichen Grenze bei 100 Megawatt-Stunden) ist anzustreben.

4.6 Informationsfreiheit gewähren und Chancen der digitalen Entwicklung nutzen

Unsere Position

Wir leben im digitalen Zeitalter. Durch die Digitalisierung und Vernetzung aller Bereiche menschl-

chen Handelns findet eine Globalisierung des Wissens statt. Das Internet als schnelle, breite und tief verzweigte Lösung zur Informationsübermittlung ist zum zentralen Nervensystem von Gesellschaft und Wirtschaft geworden. Es wird sich in nicht voraussehbarem Tempo weiterentwickeln. Die Digitalisierung ist bereits so weit vorangeschritten, dass Information einer der relevantesten Produktionsfaktoren geworden ist. Bemerkenswert ist, dass das Internet als erste flächendeckende Infrastruktur ohne nennenswerte staatliche Initiative zu seiner weltweiten Verbreitung kam.

Der Freisinn erkennt in der Digitalisierung und der Vernetzung einen historischen Technologiesprung und die grösste Chance der Menschheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie bringt Chancen für mehr Demokratie, bessere Bildung, verbesserte Gesundheitsversorgung und für mehr Wohlstand. Damit die Chance genutzt werden kann, bedarf das Internet demokratischer Selbstkontrolle. Der Trend zur

leichtfertigen Aufgabe von Freiheiten zugunsten von angeblich mehr Sicherheit ist zu bedenken. Daher lehnt der Freisinn eingreifende Regulierungen sowie systematische Eingriffe zur Überwachung des Netzes durch den Staat ab. Die Bekämpfung von Cyberkriminalität und –kriegsführung muss unter rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen erfolgen.

Mit dem Internet entstand ein globaler Markt für Information, die Grundlage zur Automatisierung vieler Prozesse und eine sich rasant entwickelnde Medienvielfalt, welche die klassischen Medien ergänzt und teilweise auch substituiert. Staatliches Engagement und Eingriffe zwecks Erhalts von heutigen Formen staatlicher Massenmedien auf dem «Informationsmarkt» führen zu Verzerrungen oder zu einer geringeren Vielfalt. Der Informationsmarkt ist frei von Subventionen und Eingriffen zu gestalten.

Infolge der voranschreitenden Digitalisierung und Vernetzung gewinnen Informationen an Wert. Dabei ist die freie Verfügbarkeit der Informationen ein entscheidendes Kriterium, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das 21. Jahrhundert verlangt nach möglichst umfassender Informationsfreiheit.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Bereitstellung von Bildung und Infrastruktur:** Die Politik muss für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen und diese ständig überprüfen, um Digitalisierung zu gewährleisten.
- **Gewährleistung des Datenschutzes:** Der hohe Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist aufrecht zu erhalten und tendenziell eher zu erhöhen. Dabei ist eine zusätzliche staatliche Überwachung nur dort zulässig, wo sie auf eine akute Bedrohung und damit auf die Stärkung der Sicherheit abzielt.
- **Öffnung des Medienmarktes:**
 - › Die Konzessionsvergabe (bspw. Radio- und TV-Frequenzen) ist abzuschaffen. Bis dahin sind Konzessionen nicht nach inhaltlichen, sondern nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu vergeben.
 - › Die staatliche Kommunikation ist auf die Informationsvermittlung zu beschränken, bestenfalls durch die Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Radios und Fernsehens – mindestens

jener Teile, die durch keinen Leistungsauftrag abgedeckt sind.

- **Verfassungsmässig garantierte Freiheit des Internets:** Das Demokratieprinzip sowie die Unantastbarkeit des Internets durch den Staat sind in der Verfassung festzuschreiben.
- **Weiterentwicklung der Demokratie:** Neue Formen der Demokratie im digitalen Zeitalter sind zu erkennen und durch die Gesellschaft zu fördern.
- **Subventionierung der Medien:** Die von der Linken im Zuge der Krise der Medienlandschaft vorgeschlagene staatliche Unterstützung der Medien ist abzulehnen.

4.7 Mit Natur und Umwelt verantwortungsvoll umgehen

Unsere Position

Natur und Umwelt sind unsere Lebensgrundlage und zugleich wichtige, aber knappe Produktions-

faktoren. In der Vergangenheit beruhte der Umgang mit ihnen vielerorts auf unzureichendem Verantwortungsbewusstsein und dem Glauben, die Natur sei unbegrenzt und immer in der Lage, sich selber zu regenerieren. Die Folgen sind negative Externalitäten: Mit Schadstoffen belasteter Boden, Wasser und Luft; irreparable Schäden an Ökosystemen, Rückgang der Biodiversität und vieles mehr. Einige Schäden wurden für den Preis des Fortschritts in Kauf genommen. Jedoch sollten der heutige Wissenstand und die zur Verfügung stehende Technologie es ermöglichen, sukzessive zu einer verantwortungsvollen Nutzung von Natur und Umwelt überzugehen.

Gefordert ist ein verantwortungsvoller Umgang seitens der Unternehmen und Privatpersonen mit Natur und Umwelt. Der Staat hingegen soll anstelle von Direkt-Eingriffen im ordnungspolitischen Sinne über das Verursacherprinzip Rahmenbedingungen und damit Anreize zum verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Umwelt schaffen.

Der Umgang mit der Ressource Boden stellt dabei ganz eigene Anforderungen. Dem Flächenverbrauch ist mit Gestaltungsplänen hoher Dichte, aber auch mit effizienterer Nutzung von Flächen mittels Modellen der Shared-Economy, entgegenzutreten. Eine zu restriktive, enteignungsähnliche Raumplanung hingegen löst das Problem nicht. Vielmehr schwächt sie die Wirtschaft und reduziert unsere Lebensqualität.

Gefragt ist ein verantwortungsvoller Umgang von Wirtschaft und Privatpersonen mit unserer Lebensgrundlage und dem Produktionsfaktor «Natur und Umwelt». Wenn die Interessen von Wirtschaft und Bürgern in Konflikt mit dem Umweltschutz geraten, vermögen auch staatliche Direkteingriffe diesen Widerspruch nicht zu lösen. Vielmehr sind Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, um das Handeln der Individuen in die richtigen Bahnen zu lenken.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Vermeidung von Landverschleiss:** In bereits bebauten Zonen ist effektiv mehr Fläche zur Verfügung zu stellen:
 - › So sind Hochhauszonen und Gestaltungspläne dichter Nutzung zu fordern und zu fördern.
 - › Um dementsprechende Investitionen zu erleichtern, braucht es eine Vereinfachung der Baubewilligungsverfahren.
- **Internalisierung der externen Kosten in die Energiepreise:** Die Kosten der negativen Externalitäten sind vom Verbraucher zu tragen, um Ressourcen nicht zu übernutzen.
- **Verursacherorientierte Gebühren:** Kosten für Abwasser- und Abfallentsorgung sind vom Verursacher zu tragen und nicht über eine generelle Steuererhebung von der Allgemeinheit. Dies schafft Anreize zum schonenden Umgang mit der Umwelt.
- **Minimierung von Schadstoff- und CO₂-Aus-tossen:** Die Grenzwerte sollen entlang dem

technisch und wirtschaftlich Machbaren sukzessive angepasst werden.

- **Steuerliche Anreize und Kompensationsmodelle für Renaturierungen und verantwortungsvolle Bewirtschaftung von Agrarflächen in Berg und Tal:** Dadurch sollen die Artenvielfalt und typische Landschaften erhalten bleiben.
- **Strikte Begrenzung der sogenannten Mehrwertabschöpfung als neue Planungs- und Bausteuer:** Sie belasten letztlich alle Mieter gleichermassen und schmälern damit das Volkseinkommen.

4.8 Die Schweiz dank offenen Märkten am Puls halten

Unsere Position

Handelshemmnisse erschweren den Zugang zu ausländischen Märkten und schotten die eigenen Märkte ab. Daraus resultieren höhere Preise, ein ge-

ringeres und qualitativ schlechteres Angebot sowie weniger Innovation. Gleichzeitig verhindern Handelshemmnisse den wirtschaftlichen Erfolg insbesondere von Entwicklungsländern, die auf den Export angewiesen sind.

Austausch begründete den wirtschaftlichen Erfolg der westlichen Welt. Der freie Handel trägt zum Wohl aller Partner bei. Eine offene Wirtschaft bleibt empfänglich für äussere Impulse. Ebenso bildet sie das Fundament für die Spezialisierung von Unternehmen am Standort Schweiz.

Die Schweiz hat stets davon profitiert, dass sie mit möglichst vielen Parteien intensive Handelsbeziehungen pflegte. Nur dank dieser Offenheit blieb die Wirtschaft krisenresistent. Diese Politik ist weiterzuerfolgen. Wo Handelshemmnisse bestehen, soll sich die Politik für deren Beseitigung stark machen. Bis heute ist die Abhängigkeit im Export von einzelnen Regionen (EU) oder einzelnen Ländern (D) zu

hoch geblieben. Zur Reduktion von Klumpenrisiken brauchen wir eine weitere Diversifizierung unserer Aussenhandelsbeziehungen.

Mit der zunehmenden Globalisierung gewinnt der Handel fortlaufend an Bedeutung und breitet sich auf neue Regionen aus. Die Schweiz ist gefordert, neue Märkte ausserhalb der EU besser zu erschliessen. Zudem sind die Grundlagen für den Handel weiter zu verbessern, der die beste Entwicklungshilfe ist.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Ermöglichung der Entfaltung neuer Geschäftsmodelle, wie der Shared Economy:** Regulatorische Hürden sind zu beseitigen.
- **Abschaffung technischer Handelshemmnisse:** Durch die Harmonisierung mit den technischen Vorschriften der EU, der Anpassung von Staatsverträgen und der konsequenten Anwendung des Cassis de Dijon-Prinzips soll der Zugang zu ausländischen Märkten verbessert werden.
- **Anschluss an den kontinentalen Markt:** Wie an früherer Stelle erwähnt, braucht die Schweiz zwingend den Anschluss an den kontinentalen Wirtschaftsraum. Es gilt das Primat der Bilateralen.
- **Abbau von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen:** Durch einen offenen Zugang zum internationalen Markt können Unternehmen zusätzliches Wachstumspotenzial wahrnehmen.
- **Abschaffung staatlicher Monopole:** Staatliche Unternehmen mit monopolartigen Stellungen

sind zu privatisieren, mindestens ist die Expansion in neue Märkte zu untersagen.

- **Erhalten des Steuerwettbewerbs:** Dieser gehört zum Standortwettbewerb und ist damit in grösstmöglichem Ausmass zu sichern.
- **Zugang zum internationalen Finanzmarkt:** Nivellierung der schweizerischen Finanzmarktregulierung, um den internationalen Marktzugang zu sichern.
- **Liberalisierung des Schweizer Agrarbereichs und Freihandel für Agrarprodukte:** Die Subventionierung und Abschottung des Schweizer Agrarsektors führt zu Wettbewerbsverzerrungen und Ineffizienzen, welche es zu vermeiden gilt.
- **Ausbau des Schweizer Netzes aus Freihandelsabkommen:** Zur Stärkung der exportorientierten Schweizer Wirtschaft sollen möglichst viele Freihandelsabkommen abgeschlossen werden, insbesondere mit den USA aber auch mit aufstrebenden Volkswirtschaften.

- **Aktive Bekämpfung jeglicher Monopole und Verhinderung neuer Monopole:** Freier Wettbewerb führt gesamtgesellschaftlich zu mehr Wohlstand.
- **Ermöglichung von Parallelimporten nicht patentgeschützter Produkte:** Damit werden monopolartig organisierte Generalimporteure unter Druck gesetzt.

4.9 Exzellenz in der Bildung anstreben

Unsere Position

In der globalisierten Wirtschaft findet eine zunehmende Frakturierung der Wertschöpfungsketten statt. Komplexe Leistungen werden dort erbracht, wo das Know-how vorhanden ist, weniger komplexe Arbeiten dort, wo sie am günstigsten eingekauft werden können. Der Schweiz als hochentwickeltes Industrieland und innovativer Wissensstandort bleibt nichts anderes übrig, als um

die Teile der Wertschöpfungskette zu ringen, die hohe Qualifikationen der Arbeitskräfte erfordern. Die digitale Transformation von Geschäftsmodellen und auch Abläufen in Verwaltung und Politik ist zurzeit die grösste Herausforderung. Die beste Ausgangslage haben diejenigen Gesellschaften, die den Willen zur Innovation sowie unternehmerisches Denken und Handeln verinnerlicht haben. Dies setzt voraus, dass wir Exzellenz in der Bildung anstreben. Unser heutiges Bildungssystem zeichnet sich durch die duale Berufsbildung und die tertiäre Bildung an Weltklasse-Universitäten bei gleichzeitig hoher Durchlässigkeit des Systems aus und gilt international als Erfolgsmodell. Aber auch im Bildungswesen dürfen wir nicht stehenbleiben, es braucht eine schrittweise Weiterentwicklung.

Bildung bedeutet nebst der fachtechnischen Ausbildung aber ebenso, dass unser Bildungssystem mit einem humanistischen Ansatz kritische Reflexionsfähigkeiten, ein demokratisches Grundverständnis und

unternehmerisches Denken vermittelt. Unser Staat und unsere Volkswirtschaft brauchen für ihren Erfolg selbständig denkende und handelnde Menschen.

Ein exzellentes Bildungswesen ist die Grundvoraussetzung für eine reflektierende Gesellschaft und Kultur, einen bürgernahen und effizienten Staat sowie eine prosperierende Volkswirtschaft.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Duale Berufsbildung als wichtiger Asset unseres Bildungswesens:** Der hohe Praxisbezug und das Bottom-up-Prinzip begründen den Erfolg des Modells. Die aus dem dualen Berufsbildungsweg hervorgehenden Fachkräfte haben jedoch insbesondere bei internationalen Unternehmen gegenüber (Fach-)Hochschulabsolventen oft das Nachsehen. Grund hierfür ist das fehlende Wissen über den dualen Bildungsweg. Netzwerke, Aufklärung und Information sind der Schlüssel zum Erfolg.
- **Aufrechterhaltung der Qualität des tertiären Weges:** Dazu ist eine hohe Qualität der Gymnasien zu sichern.
- **Mangel an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren:** Das Interesse an den MINT-Fächern kann nicht befohlen werden. Im Sinne eines gemeinsamen Aufbruches braucht es ein national vermitteltes und von einer Mehrheit geteiltes, motivierendes Zielbild (vergleiche

Sputnik-Schock). Hierzu sind wirksame Anreizsysteme, die bei Schülerinnen und Schülern früh Freude und Interesse an den exakten Fächern wecken, auszuarbeiten und zu installieren.

- **Investitionen in praxisgeleitete Lehrerbildung:** Anstelle modegeleiteter Reformen und endloser Strukturdiskussionen braucht es ein sozial geerdeter und solide ausgebildeter Lehrkörper, der seinen Beruf in grosser Freiheit und Eigenverantwortung ausüben kann. Entsprechend ist in den Lehrkörper und die Lehrerbildung zu investieren.
- **Analyse der Wirkung des tendenziell etatistischen Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes:** Diese Tendenzen sind zu beheben und liberale Korrekturen einzuleiten.
- **Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen:** Freiheitliche Rahmenbedingungen, Förderung der Spitzenforschung und Anschluss der Forschung an internationale Programme sind zu gewährleisten.

4.10 Soziale Sicherung und Gesundheit finanzieren

Integrale physische, soziale und ökonomische Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Schweiz hat für Alter, Invaliddität, Arbeitslosigkeit, Krankheit und viele weitere Risiken Vorsorgekonzepte geschaffen. Deren Hauptlast wird durch obligatorische Versicherungswerke getragen, die den Menschen ein gewisses Mass an Sicherheit gewähren.

Die Treiber für wichtige Weichenstellungen bei der Altersvorsorge sind die Demographie und die schlechte Verzinsung der Kapitalanlagen. Wenn die Altersvorsorge finanzierbar bleiben soll, sind Liberalisierungen unumgänglich.

Im Gesundheitswesen ist die Ausgangslage etwas komplexer: Aufgrund verschiedener Ursachen steigt die Nachfrage nach medizinischen Leistungen. Hinzukommen reformbedürftige Systemstrukturen und Fehlanreize im Versicherungssystem.

Auch die medizinisch-technischen Entwicklungen erhöhen die Kosten, doch sind diese erwünscht und aus einem wettbewerblichen, patientenorientierten System nicht wegzudenken. Wichtig ist, dass die rasant ansteigende Kostenentwicklung über die vorab genannten Stellhebel gedämpft und der BIP-Entwicklung angepasst werden kann.

Soziale Sicherung und Gesundheit sind Schlüsselfaktoren für Prosperität und Zufriedenheit. Es gilt, diese zu sichern und gleichzeitig die langfristige Finanzierung sicherzustellen.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Kongruenz der Leistungen mit den vorhandenen Mitteln bei den Sozialversicherungen:** Es braucht hierzu einen automatischen Bilanzierungsmechanismus.
- **Sicherung von Privateigentum und Altersvorsorge:** Angesichts der demographischen Perspektiven ist die heute fixierte Altersgrenze bei der Altersvorsorge durch eine Flexibilisierung des Rentenbezugs abzulösen. Zu diesem Zwecke sind:
 - › Teilrenten statt Vollrenten in Abhängigkeit vom Arbeitsaustritt für gewisse Jahre (Abstufung) vorzusehen.
 - › starke finanzielle Anreize für eine längere Erwerbszeit bis 67 oder darüber hinaus festzulegen.
- **Anpassung des Umwandlungssatzes:** Der starre Umwandlungssatz soll einem flexiblen Umwandlungssatz weichen, der sich nach der durchschnittlichen Lebenserwartung der Rentner und den zu erwartenden Erträgen auf

dem Kapitalmarkt richtet. Das gleiche gilt für den Mindestzins.

- **Freie Wahl der Pensionskasse:** Arbeitnehmer sollen frei entscheiden können, bei welchem Anbieter sie sich versichern wollen.
- **Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer:** Die Sozialpolitik ist anderweitig zu finanzieren. Ausnahmen sind nur in absoluter Notlage und auch dann nur temporär zu akzeptieren.
- **Abschwächung der Sonderstellung von Pensionskassen:** Freizügigkeitsstiftungen und zu einem gewissen Grad auch Säule-3a-Stiftungen sollen dieselben Anlagemöglichkeiten erhalten, wie sie Pensionskassen haben. Ebenso sollen sie Renten auszahlen können.
- **Ermöglichung der langfristigen Finanzierung von Start-Ups:** beispielsweise durch einen Zukunftsfonds der Pensionskassen.
- **Stärkere Liberalisierung im Gesundheitswesen:** Dies ermöglicht Qualitätswettbewerb. Im Rahmen der Liberalisierung sollen der

Kontrahierungszwang, die kantonalen Spitallisten sowie die Subventionen (direkte und versteckte) sind aufzugeben, die kantonalen Aufgaben zu entflechten und die finanzielle Eigenverantwortung der Versicherungsnehmer zu erhöhen.

- **Privatisierung staatlicher Spitäler:** Dabei muss die Gesundheitsversorgung durch mehrere Spitäler in der Region sichergestellt sein.
- **Reduktion des Grundversorgungskatalogs:** Der Versicherungsnehmer ist somit in der Lage, die Versicherung spezifischer auf seine Bedürfnisse anzupassen.
- **Rigoreuse Durchsetzung der WZW-Kriterien (Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit):** Dadurch können unnötige Gesundheitskosten vermieden werden.

4.11 Sicherheit für die Menschen und ihre Errungenschaften gewährleisten

Unsere Position

Die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft liegt heute weniger bei Sachwerten. Verletzlich geworden ist unsere freiheitliche Art zu leben. Offene Grenzen, weltweit vernetzte Organisationen, interdependente Strukturen und Prozesse schaffen neue Herausforderungen. Sicherheitskräfte können nur noch eingeschränkt über längere Zeit alle Phasen eines möglichen Konfliktes abdecken. Daher braucht Sicherheit heute internationale Kooperation, einen interdepartementalen Ansatz sowie die Vernetzung aller sicherheitsrelevanten Einsatzorganisationen. Koordination alleine reicht nicht mehr aus.

Das politische Verständnis für neue Bedrohungs- und Gefahrensituationen sowie föderative Verbundaufgaben sind bei den politischen Entscheidungsträgern auf den Stufen Bund und Kantone noch zu wenig ausgeprägt und müssen deshalb geschärft

werden. Macht- und Kommandostrukturen sind noch zu vielteilig.

Die Bekämpfung der internationalen Cyberkriminalität ist eine erstrangige Verbundaufgabe zwischen staatlichen Organisationen, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Ebenso sind für Ereignisprävention und Nachrichtenbeschaffung mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei hat die Sicherheitspolitik darauf zu achten, dass sie sich stets auf dem schmalen Pfad zwischen der Erstellung eines präzisen Lagebildes zur Sicherheit und dem Erhalt staatstragender Werte befindet.

Auch in Zeiten des Friedens verändert sich die Bedrohungslage laufend. Dabei darf die Politik nicht vergessen, dass Sicherheit die Grundlage von Sein und Haben schafft. Die Sicherheit der Gesellschaft ist unter Berücksichtigung der Entwicklungen der internationalen Sicherheitslage bestmöglich zu stärken. Absolute Sicherheit gibt es nicht.

Wegmarken während den nächsten zehn Jahren

- **Fähigkeitsorientierter Ansatz in der Sicherheitspolitik:** Planung und Management aller sicherheitspolitischen Instrumente müssen entlang von Leitsätzen, Mehrjahresplänen über Aufgaben, Instrumente und Investitionen sowie der Verknüpfung mit Globalbudgets erfolgen.
- **Garantie des Milizprinzips:** Die Wehrpflicht ist beizubehalten, das Milizprinzip zu stärken.
- **Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht:** Die Rekrutierungsquote entspricht dabei der Sicherheitslage, wobei die Aufwuchsfähigkeit stets gewährleistet sein muss.
- **Teilnahme an Auslandseinsätzen:** Die Armee verfügt mit speziellen Elementen über die Fähigkeit für Auslandseinsätze im Rahmen der Neutralität.

- **Handlungsfähigkeit der Polizei:** Sie muss auf oberer Ebene Abläufe, Strukturen und Personal haben, um bei einem plötzlich eintretenden Grossereignis reagieren zu können.
- **Ausreichende Vorbereitung:** Der Sicherheitsverbund Schweiz ist dank regelmässigen Übungen eingespielt.

5 Vernetzt denken, verständlich reden und glaubwürdig handeln

Wie die freisinnig gesinnten Bürger und Bürgerinnen, die Verantwortungstragenden der Wirtschaft sowie die Partei und ihre Mitglieder kommunizieren, beeinflusst massgeblich, was im Fokus der Öffentlichkeit steht (Agenda Setting) und wie der politische Diskurs darüber geführt wird (Deutungshoheit).

Die Basis erfolgreicher politischer Kommunikation bildet eine klare, einheitliche und konsistente Sprache, die eindeutig der freisinnigen Geisteshaltung zugeordnet werden kann. Die freisinnige Terminologie hat strategische Relevanz, denn sie schafft

Identität und erhöht dank des Wiedererkennungseffektes die Durchschlagskraft der kommunikativen Massnahmen. Nur wenn die freisinnige Gemeinschaft geschlossen dieses Ziel angeht, kann sie an Deutungshoheit zurückgewinnen und sich gegen die übrigen «liberal» etikettierten Politschattierungen durchsetzen und abheben.

Bis dahin ist «liberal» ein Attribut, das wir bis zur Rückeroberung möglichst wenig gebrauchen wollen. Wir verwenden stattdessen die Termini «freiheitlich» und «freiheitsliebend».

Ein differenzierendes politisches Programm und handlungsgestützte Kommunikation schaffen zusätzlich Profil. Nicht nur reden, sondern auch glaubwürdig handeln, heisst die Devise. Das kann der Freisinn, da er nach wie vor in den meisten Exekutiven tonangebend mitregiert. Bezüglich des Stils ist es lohnenswert, die Kommunikation an den drei E's auszurichten: ehrlich, einfach, emotional.

6 Die freisinnige Gemeinschaft als Bewegung

Der Freisinn ist die einzig wirklich vorwärts gerichtete und zugleich pragmatische Geisteshaltung. Seit über 150 Jahren hat sie die Schweiz geprägt und ihre Modernität an immer neuen Themen bewiesen. Vieles vom freisinnigen Gedankengut findet sich heute auch in den Programmen anderer Parteien. Sehr rein ist die Lehre dort allerdings nicht mehr. Doch findet sich das wirklich freisinnige Denken in vielen Menschen und Institutionen der Schweiz. Der Freisinn umfasst sie alle als eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Da sind all die

Menschen, die durch klares Denken und dem richtigen Bauchgefühl nach freisinnigen Werten denken und handeln. Ein Teil von ihnen hat sich politisch organisiert in der Partei: Die FDP. Die Liberalen gliedert sich fein in Kantonalparteien, Jungparteien, Frauenparteien, Ortssektionen, Alterssektionen und weiteren Untergruppen. In all diesen Gefässen werden die politischen Herausforderungen aller Staatsebenen diskutiert und darüber entschieden. Ebenso werden hauptsächlich in der Partei die fähigsten Kräfte gesucht, um die wichtigen öffentlichen Ämter zu besetzen.

Die Partei ist jedoch längst nicht das einzige Gefäss der freisinnigen Gemeinschaft: Eines der grössten Medienhäuser der Schweiz, die Neue Zürcher Zeitung, der Schweizer Monat und weitere Medien verpflichten sich ebenso den freisinnigen Werten, ohne Parteipolitik zu betreiben. Auch Think Tanks wie Avenir Suisse und das Liberale Institut sind zur Gemeinschaft zu zählen. Neue Gefässe

wie die Operation Libero überraschen mit Frische und Reichweite, indem sie neue Zielgruppen erschliessen. Daneben gibt es unzählige Organisationen und Einzelpersonen, die ohne direkte Verbindung zur Partei die Grundwerte des Freisinns in ihrer täglichen Arbeit umsetzen.

7 Der freisinnig denkende und handelnde Mensch

Der freisinnig denkende und handelnde Mensch entspricht dem Konzept des Citoyen: Er lebt ohne weitgehende Ansprüche an den Staat. Hingegen ist er sich der Notwendigkeit und dem hohen Wert seines persönlichen Einsatzes für das Gemeinwohl, sei es durch die Bekleidung öffentlicher Ämter, die Mitarbeit in den freisinnigen Organisationen, die Unterstützung der Schwächsten oder seine Teilnahme am politischen Diskurs, bewusst.

Der freisinnig denkende und handelnde Mensch weiss, dass er in einem offenen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem Wohlstand und Privateigentum im Rahmen der Verfassung und des Rechts erarbeiten darf und ihm selbiges garantiert wird. Er macht das in dem Ausmass, wie es ihm für richtig erscheint. Dabei ist ihm immer bewusst, dass er gegenüber den Mitmenschen, der Natur- und Umwelt sowie dem Staat äusserst verantwortungsvoll zu handeln hat. Wenn er die Früchte seiner Arbeit geniessen will, so tut er dies mit Bescheidenheit und Zurückhaltung – im Wissen darum, dass er ein Citoyen wie all die anderen ist und nur die gemeinsame Anstrengung aller Citoyens seinen Wohlstand ermöglicht hat.

Die Vernetzung zwischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft bildet für ihn ein Zentrum der Kraft. Dieses ist stets verantwortungsvoll, transparent und im Interesse der Gesellschaft zu nutzen.

In seiner Geisteshaltung ist und bleibt der freisinnig denkende Mensch offen und fortschrittlich. Er ist bereit, Gedanken und Ideen anderer ideologischer Herkunft kritisch und am freisinnigen Massstab zu prüfen. Er bezieht Informationen möglichst aus erster Hand und hinterfragt deren Quellen. Risiken schätzt er ab und begegnet ihnen mit der notwendigen Vorsicht. Fortschritt und technologische Errungenschaften sieht er in erster Linie als Chance, trägt aber auch die zugehörigen Risiken. Er unterstützt eine Gesellschaft in Freiheit und Sicherheit.

Anderen Menschen, Tieren und Pflanzen begegnet der freisinnig denkende Mensch respektvoll und mit Dankbarkeit gegenüber dem Leben.

8 Der Freisinn im Verhältnis zu den anderen politischen Kräften

Der Nationalkonservatismus und seine politische Organisation, die SVP, haben teilweise freisinnige Positionen in der Ordnungspolitik übernommen und teilen in einzelnen Fragen ähnliche Positionen, so auch in der Sicherheitspolitik. In den meisten anderen politischen Handlungsfeldern zeigt sich die seit jeher vorherrschende Bruchlinie zwischen Freisinnigen und Konservativen: In Fragen der aussenpolitischen Öffnung, der Agrar- und Alterspolitik, der gesellschaftlichen und kulturellen Toleranz sowie der Vorstellung eines modernen Bildungswesens

unterscheiden sich die Positionen von Freisinn und Nationalkonservatismus deutlich.

Obwohl historisch dem konservativen Lager entstammend, haben CVP und BDP diese Positionen weitestgehend abgelegt. Nur in einigen Kantonen vermögen sie teilweise ihre ursprüngliche Ideologie zu pflegen und den bürgerlichen Charakter zu wahren. Dort sind CVP und BDP für den Freisinn oft auch verlässliche Partner in wirtschafts-, steuer- und finanzpolitischen Fragen. Auf nationaler Ebene ist die neue politische Mitte jedoch für den Freisinn der am schwierigsten zu berechnende Partner. Durch ihre Möglichkeit, Entscheiden auf linker oder rechter Seite zu Mehrheiten zu verhelfen, ist auch ihr politisches Programm beliebiger geworden. Der Freisinn sucht mit der Mitte die Partnerschaft für pragmatische Lösungen nur fallweise und nutzenorientiert, wenn sie den freisinnigen Gehalt weitertragen und weiterentwickeln. Oft ermöglicht sie überhaupt erst Kompromisslösungen.

Die grünliberale Bewegung hätte programmatisch über weite Teile die Veranlagung zum natürlichen Partner des Freisinns. Die Realität zeigt jedoch eine inkohärente grünliberale Tagespolitik mit singulär sozialistischem Einschlag. Dies hängt mit der unterschiedlichen politischen Herkunft des Kaders der noch jungen Partei zusammen. Aufgrund der Unsicherheit sollte mit der grünliberalen Bewegung bei übereinstimmenden Positionen die fallweise Zusammenarbeit gesucht werden. Darüber hinaus muss es dem Freisinn klar sein, dass eine junge Partei mit ähnlichem politischem Programm sich nur über Abgrenzung differenzieren kann.

Mit der Sozialdemokratie und den Grünen hat der Freisinn teilweise gleichgerichtete Positionen in den Fragen zur aussenpolitischen Öffnung und insbesondere zur gesellschaftlichen und kulturellen Toleranz. Hingegen könnten die Positionen des Sozialismus und des Freisinns in der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik in den allermeisten Fragestellun-

gen nicht unterschiedlicher sein. Hierin ist es die natürliche Pflicht des Freisinns, die schleichende Verstaatlichung der freiheitlichen Wirtschaftsordnung und die zunehmende Konfiskation des Privateigentums zu verhindern.

Zu Einzelthemen wie aussenpolitische Öffnung, Netzpolitik usw. formieren sich neue Kräfte, teils mit aktivem politischem Engagement. Sie haben unwidersprochen hohe Fachkompetenzen. Sie sollten fallweise in den entsprechenden Fragen miteinbezogen werden.

Danksagung

Auf dem Weg von der Idee bis zum vorliegenden Brevier hatten uns einige freisinnig denkende und handelnde Frauen und Männer mit ihrer Denkarbeit unterstützt. Ihnen allen danken wir an dieser Stelle.



